



# NIE WIEDER !

## NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 2 / 2012

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

## Antifa will Kirchen abfackeln

**Vorab: Ob Gewalt von „RECHTS“ oder von „LINKS“ kommt, ist egal. Jede Gewalt oder jede Anstiftung dazu ist ein Verbrechen und muß bestraft werden.**

Seit Samstag, dem 4. Februar 2012, liegt der Staatsanwaltschaft Freiburg eine Strafanzeige gegen die Antifa (Antifaschismus) Freiburg wegen Aufruf zu Straftaten vor. Der Begriff Antifa bezeichnet vor allem im antifaschistischen Spektrum linke, linksradikale und autonome Gruppen und Organisationen, die sich in ihrem Verständnis von Antifaschismus das Ziel gesetzt haben, Na-

tionalismus und Rassismus zu bekämpfen.

### *Der Aufruf*

Auf ihrer Webseite [www.autonome-antifa.org](http://www.autonome-antifa.org) hatten die LINKEN zum „Abfackeln von Kirchen“ aufgerufen:

„Gerne hätten wir über abgefackelte Kirchen in Deutschland nach dem Vorbild von Nova Scotia oder North Tulsa, von Abita Springs, Hardeeville oder Logansport berichtet. Leider brennen hierzulande höchstens Gebetsbücher in Greven, aber weder Kathedrale, Dom noch Münster. Doch

wir geben die Hoffnung nicht auf und vielleicht geschehen ja noch Zeichen und Wunder, so daß wir uns nächstes Jahr an der Glut eines niedergebrannten Gotteshauses erwärmen können.“ Ähnliche Aufrufe geschahen bereits in den Jahren 2008 bis 2010.

### *Täter von Links*

Über Straftaten von „RECHTS“ berichten die Medien ausführlich. Sie werden unter Anteilnahme und mit Unterstützung der Bevölkerung verfolgt und möglichst noch im Keim erstickt. Richtig so!

Was aber wird von Seiten der Justiz geschehen, wenn nun, wie in Freiburg geschehen, linke Gruppierungen zu Straftaten aufrufen? Wird die Staatsanwaltschaft die vorliegende Strafanzeige der „Initiative Nie Wieder! e. V.“ überhaupt ernst nehmen und bearbeiten? Wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden und von der Staatsanwaltschaft ausgeforscht werden, welche Personen hinter diesem Aufruf stehen? Wird es anschließend auch eine Überwachung vom Staatsschutz geben?

Wir sind gespannt, mit welchem Maß die Staatsanwaltschaft Freiburg messen wird!

## Prüfstelle für jugendgefährdende Medien

**Viele Nutzer des Internets trauen manchmal ihren Augen nicht, was sie dort alles zu sehen bekommen. Ob mit oder ohne einem sogenannten „Jugendschutzfilterprogramm“ ... der Gewalt und den pornographischen Angeboten kann man sich fast gar nicht entziehen. Das gilt für Erwachsene, aber im besonderen für Kinder und Jugendliche.**

Bereits vor mehr als einem Jahr haben wir der Jugendschutzbehörde eine widerliche Pornoseite genannt. Auf dieser Seite stehen tausende von Bildern und viele Pornofilme kostenlos zur Verfügung. Der sogenannte „Jugendschutzfilter“ der diesen perversen Seiten vorgeschaltet ist, ist nur eine einfache

Abfrage: „WARNUNG: Sind Sie schon 18 Jahre alt? Wenn nein, bitte verlassen.“

Das scheint der Staatsanwaltschaft oder der Jugendschutzbehörde zu genügen.

Als vor einigen Jahren unsere eigene Internetseite [www.Babycaust.de](http://www.Babycaust.de) von der Jugendschutzbehörde indiziert wurde, weil wir reale

Bilder von Abtreibungen veröffentlicht hatten, haben wir ebenso eine solche „Zugangseinschränkung“ für Kinder und Jugendliche eingerichtet. 2.500 Euro Ordnungsstrafe wurden von den „Jugendschützern“ ausgesprochen, weil ein solcher „Schutz“ nicht ausreichend sei. Wir sollten eine Zertifikation (Paßabfrage ...) einrichten beziehungsweise unseren Internetauftritt mit Abtreibungsbildern erst nach 23:00 Uhr zugänglich machen. Wir haben uns dann zwangsläufig darauf einigen

müssen, daß lediglich zwei Abtreibungsbilder gezeigt werden. Bei der rigorosen Vorgehensweise blieb uns keine andere Wahl.

Nachdem nun über ein Jahr seit Meldung der Pornoseite die Jugendschutzbehörde untätig geblieben ist, haben wir bis Ende Februar eine Frist gesetzt. Sollte bis dahin immer noch diese Internetseite Kindern und Jugendlichen zugänglich sein, werden wir gegen die sogenannten „Jugendschützer“ Strafanzeige wegen Amtsmissbrauch stellen.

# Töten auf Rädern: eine ambulante Sterbehilfe

**Neue holländische „Er-rungenschaft“: Ab März gibt es ambulante „Ster-behilfe“-teams in den Nie-derlanden. „Spezialisten“ helfen bei der Selbsttö- tung im eigenen Haus.**

Sechs ambulante „Spezia- listenteams“ sollen in den Niederlanden vom 1. März an „Sterbehilfe“ leisten. Wie die „Niederländische Verei- nigung für ein freiwilliges Lebensende“ (NVVE) erst kürzlich in Amsterdam mit- teilte, sollen die jeweils aus einem Arzt und einem Kran- kenpfleger bestehenden Teams Betroffene zu Hause aufsuchen und dort die Tö- tung durchführen.

Grund für die Einführung der ambulanten Teams sei, daß immer wieder Men- schen, die (angeblich) eine „Sterbehilfe“ wünschten, Schwierigkeiten hätten, ei-

nen dazu bereiten Arzt zu fin- den.

„Sterbehilfe“ ist in den Niederlanden seit April 2002 dann erlaubt, wenn ein Pati- ent unerträglich leidet, aus-

sichtslos krank ist und mehr- fach ausdrücklich darum ge- beten hat. Der Arzt muß ei- nen Kollegen zu Rate ziehen. Die Staatsanwaltschaft wird nur bei Zweifeln an der ärzt-

lichen Entscheidung angeru- fen. Sollte sich dabei heraus- stellen, daß der Arzt gegen die Regeln verstoßen hat, drohen ihm bis zu zwölf Jah- ren Haft.

## Eine Furcht erregende Entwicklung

Ab März 2012 wird es in Holland möglich werden, durch „mobile ambulante Sterbehilfeteams“ euthana- siert zu werden. Diese Ent- wicklung ist nicht nur für die Menschen in Holland furchterregend.

Wir dürfen nicht die Au- gen verschließen, was in un- serem Nachbarland ge- schieht. Heute in Holland, morgen in Deutschland, Österreich und der EU und übermorgen in der ganzen Welt ... falls kein Wider- stand geschieht!

Auch wenn die „Anfänge“ schon hinter uns liegen, sei- en Sie nicht entmutigt ... son- dern tun Sie etwas dagegen.

Helfen Sie bitte, gegen die- se geplanten Euthanasie-Ver- brechen in Holland, welche von der „NVVE“ (Neder- landse Vereniging voor een vrijwilloig Levensende) or- ganisiert und durchgeführt werden sollen, ganz ener- gisch und entschieden zu protestieren.

Homepage:  
<http://www.nvve.nl/nvve2/home.asp?paginaam=homepage>

Adresse:

NVVE, Right to Die-NL  
PO BOX 75331  
1070 AH Amsterdam  
Phone: \*31 20 6200690

E-Mails an:

w.dejong@nvve.nl  
lod@nvve.nl  
k.scheirlinck@nvve.nl  
s.michelis@nvve.nl  
s.soydas@nvve.nl

Botschaft des König- reichs der Niederlande  
Klosterstr. 50, 10179 Berlin  
Tel.: 030/ 20 956-0  
Fax: 030/ 20 956-441  
nlgovbln@bln.nlamb.de

## Wirkliches Gift

*Britische Abtreibungsgeg- ner haben gegen eine Ent- scheidung protestiert, nach der private Anbieter von Abtreibungen künftig für ihre Dienste werben dürfen. Nach dem Willen der Wer- be-Selbstregulierungsbe- hörden sollen auch profit- orientierte Kliniken, die Ab- treibungen durchführen, Werbespots im Radio und im Fernsehen schalten dürfen. Die „Gesellschaft zum Schutz ungeborener Kin- der“ warnte zu Recht vor einer „Vergiftung“ der bri- tischen Kultur. Der Verband „Care“ erklärte, im Fern- sehen für Abtreibungen wer- ben zu dürfen als sei es Zahnpasta, sage viel über die Werte der Konsumkultur.*

## Babycaust-Gedenktag

Mit dem diesjährigen „Ho- locaust-Gedenktag“ wurde weltweit an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Am 27. Januar 1945, vor 67 Jahren, befreiten Soldaten der Roten Armee die Über- lebenden des KZs Auschwitz, dem größten Vernich- tungslager der Nazis. Sym- bolhaft steht Auschwitz für den millionenfachen Völkermord.

Seit Ende der Verbrechens- Herrschaft der Nazis werden jährlich weltweit etwa 40 Millionen ungeborene Kin- willkürlich abgetrieben. Viele vermeintliche Rechtferti- gungsgründe haben sich in unserer konsumorientierten, dekadenten Gesellschaft ma-

nifestiert, die diesen Massen- mord an den Schwächsten und Wehrlosesten, den Ba- bycaust an den Ungebore- nen, als Befreiung und nicht als ein Verbrechen weitest- gehend toleriert.

In Erinnerung daran schlägt die „Initiative Nie Wieder!“ vor, den 28. De- zember als Gedenktag für die

weltweite massenhafte Ver- nichtung ungeborener Kin- der einzurichten. Obwohl die zahlenmäßige Dimension der heutigen „Vernichtungsmas- chinerie“ eine größere ist, könnte dieser Gedenktag in Anlehnung an den HOLO- CAUST als BABYCAUST- Gedenktag eingeführt wer- den.

### ***Damals Unrecht – heute Unrecht!!***

*Demokratische Regie- rungen werden nicht glaub- hafter, wenn sie die Verbre- chen der Vergangenheit (zum Beispiel der Nazis) anprangern und in Erinne- rung halten, aber die Ver- brechen der Gegenwart*

*(millionenfacher Mord an den Ungeborenen) dulden und gesellschaftsfähig ma- chen.*

*Wenn Politiker so ver- fehlt handeln, haben sie nicht wirklich etwas aus der Geschichte gelernt!*